

Viel Quatsch zusammengetragen über Schweden von Debora Weber-Wulff

WP

Schweden ist eine parlamentarisch-demokratische Monarchie. Das Frauenwahlrecht führte Schweden 1921 ein.^[37] Staatsoberhaupt ist seit 1973 König Carl XVI. Gustaf. Die Aufgaben des Staatsoberhauptes sind rein repräsentativ und zeremoniell; der König hat keine politischen Machtbefugnisse und nimmt nicht am politischen Leben teil. Schweden galt lange Zeit als sozialdemokratisches Musterland; es wurde von vielen europäischen Linken als gelungenes Beispiel für einen *dritten Weg* zwischen Sozialismus und Marktwirtschaft gesehen. Das hat sich spätestens seit den Reformen in den 1990er Jahren geändert. Schweden ist in 21 Provinzen (schwed. *län*) gegliedert. Die staatlichen Verwaltungsaufgaben auf regionaler Ebene werden von einem Regierungspräsidenten (schwed. *landshövding*) und einer Provinzialregierung (schwed. *länsstyrelse*) wahrgenommen.

WPCopy

Das politische System Schwedens beschreibt die Gesamtheit der politischen sowie staatlichen Akteure, Institutionen und Prozesse der Entscheidungsfindung in Schweden. Das politische System Schwedens ist als dezentraler Einheitsstaat und parlamentarische Monarchie organisiert. Von zentraler Bedeutung sind die direkt gegeneinander konkurrierenden Parteien und der Reichstag, der zur Wahl des Ministerpräsidenten beauftragt ist. Der König von Schweden als Staatsoberhaupt nimmt nur repräsentative Aufgaben wahr. Schwedens Staatsoberhaupt ist dem Grundgesetz zur Regierungsform (Regeringsformen) nach der König von Schweden. Die Thronfolge wird durch ein weiteres Grundgesetz, Successionsordnungen, geregelt. Die Aufgaben des Staatsoberhauptes sind gemäß Verfassung rein repräsentativ und zeremoniell. Der König hat keinerlei politische Machtbefugnisse und nimmt nicht am politischen Leben teil.

Referendum

Die Volksabstimmungen zu EG/EU-Fragen² der letzten Jahre in Dänemark, Österreich, Finnland, Schweden und Norwegen gaben Anlaß, über das Instrument der Volksabstimmungen erneut nachzudenken. Geschichte, Funktion, Zielsetzungen und Bedeutung dieses politischen Instruments sollen im folgenden dargestellt und bewertet werden.

In der deutschen politischen Umgangssprache wird in der Regel von Volksabstimmungen gesprochen, ohne genauer diesen Begriff zu definieren und die unterschiedlichen Verfahrensweisen zu unterscheiden. Zunächst müssen wir uns also über den Begriff im klaren werden. Schematisch soll die folgende Tabelle³ die verschiedenen Möglichkeiten der direkten Befragung der Volksmeinung veranschaulichen. Grundsätzlich gilt es zu unterscheiden zwischen dem Initiativrecht der Bevölkerung, bei dem aus dem Volk eine politische Frage zur Abstimmung gebracht werden kann, und dem Referendumsrecht

Kalmar

An der historischen Grenze zwischen den Königreichen Dänemark und Schweden liegend nutzt die Stadt Kalmar das Jubiläum der nach ihr benannten Union zur Selbstdarstellung im ganzen Norden. Aber einte die Kalmarer Union die nordeuropäischen Völker?

Dänemark ist stolz auf seine Legende der ältesten Monarchie der Welt und trauert so manches Mal seinem verblichenen Großmachtstatus nach: 1397 vereinte man in Personalunion die Kronen Dänemarks, Norwegens und Schweden-Finnlands unter dänischer Vorherrschaft und noch bis zum Dreißigjährigen Krieg blieb man europäische Großmacht. Mit dem Verkauf der westindischen Inselkolonien an die USA 1917, der Unabhängigkeit Islands 1944 ist der letzte Glanz geographischer Herrschaft verschwunden, geblieben sind die autonomen, dem Königreich noch zugehörigen Atlantikinseln Grönland und die Färöer.

OA

Die achtziger Jahre brachten in Skandinavien zunächst eine stetige Zunahme der Zahl verkaufter Exemplare, nachdem, wie in fast allen westlichen Ländern, seit dem Ende des Zweiten Weltkriegs ein großes Zeitungssterben sowohl die Zahl der selbständigen Zeitungen als auch die Verkaufszahlen reduziert hatte. Erst Ende der achtziger Jahre gerieten die Zeitungen, im Zusammenhang mit den konjunkturellen Krisen, erneut in Schwierigkeiten. Allerdings zeigten sich diese weniger im Rückgang der Abonnementzahlen als vielmehr im verminderten Anzeigenaufkommen. Die Presse in Schweden profitiert von allen vorgestellten skandinavischen Ländern wahrscheinlich am stärksten von staatlichen Unterstützungsmassnahmen. Dazu zählen die Befreiung von der Umsatzsteuer, niedrige Steuern für Anzeigen, postalische Vergünstigungen, Begünstigung der Zusammenarbeit bei der Zeitungsdistribution sowie direkte Subventionen für lokale Zweitzeitungen, die weniger als 50% der entsprechenden Haushalte erreichen.

WP

Die Ursprünge des schwedischen politischen Systems liegen in den Verwaltungsreformen des Axel Oxenstierna von 1618. Im Gegensatz zu den meisten Demokratien dürfen die Minister, also die Regierung, die ausführenden Organe nicht direkt steuern (Ostnordische Verwaltungsform, auch in Finnland gebraucht). Vielmehr sind es die unabhängig agierenden Zentralämter (schwed. *ämbetsverk*) (beispielsweise Trafikverket, Skolverket – es gibt ungefähr 200 in unterschiedlicher Größe), welche die Aufgaben erfüllen, die in anderen Ländern von Ministerien oder Landesverwaltungen realisiert werden. Demgegenüber haben die Ministerien die Aufgabe, Gesetzesvorlagen auszuarbeiten und im besten Fall die Möglichkeit, die Arbeit der Zentralämter durch Verordnungen zu beeinflussen. Der Ministerpräsident (*statsminister*) wird vom Reichstag ernannt, der seinerseits die weiteren Minister (schwed. *statsråd*) seiner Regierung ernennt.

WPCopy

Schweden hat mit dem Reichstag ein Einkammernparlament. Es besteht aus 349 Abgeordneten, die nach Verhältniswahl und Sainte-Laguë/Schepers-Verfahren bestimmt werden. Eine Legislaturperiode dauert vier Jahre, Wahltag ist stets der dritte Sonntag im September.

Die im Reichstag vertretenen Parteien bilden Fraktionen (schwed. riksdagsgrupp), deren Arbeitsweise gesetzlich nicht geregelt ist. Die Fraktionen entscheiden selbst, wie sie arbeiten wollen, doch bekommen sie finanzielle Unterstützung.

Die wichtigsten Aufgaben des Reichstages sind:

1. Wahl des Premierministers
2. Gesetzgebung
3. Beschlussfassung bezüglich Staatshaushalt, Steuern und Abgaben
4. Kontrolle der Regierung
5. Entlassung einzelner Regierungsmitglieder oder des Premierministers durch ein Misstrauensvotum

Um die Verfassung zu ändern, benötigt ein vorgebrachter Änderungsvorschlag im Reichstag zunächst die einfache Mehrheit.

Referendum

Die schwedische Verfassung (regeringsformen von 1980) sieht im 8. Kapitel, "15 eine bechließende Volksabstimmung bei Verfassungsänderungen vor, die von einem Drittel der Abgeordneten im riksdag erzwungen werden kann, sie sollte dann zeitgleich mit der nächsten Reichstags wähl erfolgen. Die norwegische Verfassung von 1814 sieht Volksabstimmungen überhaupt nicht vor, die isländische erlaubt Verfassungsänderungen nur bei Verabschiedung durch zwei aufeinanderfolgende Althinge (Art. 11, 26, 79). Auch im deutschen Grundgesetz werden Volksabstimmungen nicht als übliches Entscheidungsverfahren angesehen, lediglich im Art. 146 GG heißt es: „Dieses Grundgesetz verliert seine Gültigkeit an dem Tage, an dem eine Verfassung in Kraft tritt, die von dem deutschen Volke in freier Entscheidung beschlossen worden ist“.

Kalmar

Schweden andererseits feiert Gustav I. Vasa und die unter seiner Führung erfolgte Loslösung von der Kalmarer Union und dänischer Knechtschaft, ist stolz auf die durch Gustav II. Adolf erkämpfte Großmachtposition im Verlauf des Dreißigjährigen und früherer und folgender Kriege. Wie für Schweden ist für Norwegen die Erinnerung an die Zeit des gemeinsamen Union unter dänischer Herrschaft eine eher schmerzhafter, bedeutete diese Union doch den ersten Schritt zum Verlust der gleichberechtigten Existenz im Verbund des Königreichs Dänemark-Norwegen. Für Finnland wiederum ist Kalmar geographisch und historisch weit weg - staatliche Souveränität erlangte man erst 1917. Wie kommt man dann auf die Idee, das Jubiläum der Kalmarer Union zum gemeinsamen Nachdenken über den Nordismus zum Anlaß zu nehmen, Kalmar gar zur Hauptstadt des Nordens zu erheben?

OA

Die Presseunterstützung betrug 1985/86 fast 500 Mill. Kronen und machte etwa 30% der den Zeitungen zur Verfügung stehenden Mittel aus. Diese Förderung führte dazu, daß es in Schweden immer noch üblich ist (trotz der anhaltenden Krise der großen Abonnementszei-tungen), in einem Haushalt zwei Zeitungen, eine lokale Morgenzeitung

und ein Boulevardblatt, manchmal noch als dritte eine der überregionalen Abonnementszeitungen vorzufinden. Dadurch erreicht Schweden eine der höchsten pro Einwohner- Verkaufszahlen der Welt (60 Exemplare pro 100 Einwohner im Jahre 1987.6 Zum Vergleich kamen in der alten Bundesrepublik 33, in den USA 31 und in Frankreich 25 Exemplare auf 100 Einwohner) und besitzt etwa so viele unabhängige Zeitungen wie die viel größeren Länder Frankreich oder Großbritannien.

WP

Die kommunale Selbstverwaltung geschieht auf zwei Ebenen: den (seit 2003) 290 Gemeinden (schwed. *kommun*) und den Provinziallandtagen (schwed. *landsting*), welche eine Art Kommunenverbund darstellen (nicht zu verwechseln mit den staatlichen *länsstyrelse*). Die Gemeinden nehmen die kommunalen Aufgaben, wie unter anderem das Schulwesen, soziale Dienstleistungen, Kinder- und Altenbetreuung sowie die kommunale Infrastruktur wahr, jedoch werden die Rahmenbedingungen von den zentralen Behörden, beispielsweise Skolverket, bestimmt. Die Provinziallandtage hingegen sind für diejenigen Bereiche der kommunalen Selbstverwaltung zuständig, die die Kraft einzelner Gemeinden übersteigen, wie unter anderem das Gesundheitswesen und die Krankenpflege, den Regionalverkehr und die Verkehrsplanung. Die Gemeinden und die Provinziallandtage finanzieren ihre Tätigkeit durch die Erhebung von Einkommenssteuern, mit Abgaben und staatlichen Zuschüssen.

WPCopy

Falls diese zustande gekommen ist, muss der Vorschlag in der darauffolgenden Legislaturperiode abermals mit einfacher Mehrheit angenommen werden. In jedem Fall also muss zwischen den beiden Abstimmungen eine Reichstagswahl liegen, so dass das Volk Einfluss auf die Parteien- bzw. Mehrheitsverhältnisse der zweiten Abstimmung nehmen kann.

Neben dieser in der Praxis gebräuchlichsten Art der Verfassungsänderung gibt es auch noch Modifikationen dieses Verfahrens.

Gesetzesentwürfe können von der Regierung (Proposition) oder von Abgeordneten (Motion) eingebracht werden. Bei komplexen Gesetzesvorhaben wird ein auf Konsens ausgerichtetes "Remiss-Verfahren" angewendet. Danach wird zunächst eine Kommission berufen, die den Sachverhalt untersucht. Die Kommissionsergebnisse werden publiziert („Statens Offentliga Utredningar", SOU) und gehen allen betroffenen öffentlichen und privaten Einrichtungen zu, damit diese dazu Stellung nehmen können.

Referendum

Schon in der Kategorisierung von Volksabstimmungen wurde deutlich, daß ein Problem in dem Recht auf Initiative liegt, d.h. wer darf ein Thema zur Volksabstimmung vorlegen? Das Initiativrecht kann beim Staatsoberhaupt, der Regierung, dem Parlament oder aber den Wahlberechtigten selbst liegen. In der Regel sind es jedoch Regierung und/oder Volksvertretung, in deren Händen die Initiative liegt. In vielen Fällen ist es zwar verfassungsmäßig vorgeschrieben, worüber eine Volksabstimmung erfolgen muß, oft aber bleiben die Bestimmungen vage, oder wie im Beispiel Norwegens schon gesehen, handelt es sich um eine Gewohnheitsfrage. Diese unregelmäßige Rechtslage macht einen parlamentarischen Konsens notwendig, der in Nordeuropa offensichtlich stets zu finden war, der aber auch Probleme in sich birgt.

Kalmar

Schließlich war Kalmar auch Namensgeberin für kriegerische Auseinandersetzungen im Norden, in blutigste Erinnerung prägte sich dabei der Kalmarer Krieg von 1610 zwischen Dänemark und Schweden ein.

In welchem Glanz der "Nordischen Union" kann man sich denn 600 Jahre später grenzübergreifend in Skandinavien sonnen? Wie kam es zu diesem Zusammenschluß? Es ist hier nicht der Platz, die umfangreiche geschichtswissenschaftliche Debatte um das Zustandekommen der Kalmarer Union, die in Kalmar verhandelten und unterzeichneten Papiere und deren Rechtsgültigkeit einzugehen, nur eine knappe Skizze soll hier folgen. Nicht nur im nordeuropäischen Mittelalter spielte dynastische, Heirats- und Erbschaftspolitik eine wichtige Rolle im Machtspiel der Länder. Für den Norden Europas entstand dabei Ende des 14. Jahrhunderts eine heikle, aber auch chancenreiche Kombination von Verwandtschaftsbeziehungen zwischen den Königshäusern.

OA

Während, wie in ganz Skandinavien, die Zeitungen seit Ende des 19. Jahrhunderts fast durchweg parteigebunden waren, bezeichnen sich heute fast alle als "oberoende", d.h. unabhängig, obwohl es in Schweden durchaus üblich ist, den Zeitungen aufgrund ihrer politischen Ausrichtung ein parteipolitisches Etikett anzuheften. So werden etwa 50% aller Zeitungen den Liberalen zugerechnet - diese Partei ist damit bei weitem, verglichen mit ihren letzten Wahlergebnissen, überrepräsentiert, während die sozialdemokratische Presse unterrepräsentiert ist. Aftonbladet mit fast 400000 Exemplaren ist die einzige größere, sozialdemokratisch ausgerichtete Boulevardzeitung, die auflagenstärkste Zeitung Schwedens ist eine liberale, Expressen mit 570000, Svenska Dagbladet mit 230000 ist die größte moderate, d.h. konservative Zeitung.

WP

In Schweden gilt das Öffentlichkeitsprinzip, das heißt, dass behördliche Schriftstücke mit geringen Ausnahmen der Presse und allen Privatpersonen zugänglich sind. Niemand muss angeben, warum er ein Schriftstück einsehen möchte, noch muss man sich ausweisen. Es ist seit 1766 verfassungsrechtlich garantiert und ist damit die weltweit älteste Verfassungsregelung zur Informationsfreiheit. Auch auf dem Gebiet des Datenschutzes, des Gegenstücks zur Informationsfreiheit, gehört Schweden zu den Vorreitern: Während das weltweit erste Datenschutzgesetz 1970 in Hessen verkündet wurde, trat das weltweit erste *nationale* Datenschutzgesetz 1973 in Schweden in Kraft. Eine weitere skandinavische Besonderheit ist das System der Ombudsmänner (schwed. *ombudsman*). Sie sollen die Rechte des Einzelnen beim Kontakt mit den Behörden schützen und die Befolgung wichtiger Gesetze sicherstellen. Bürger, die meinen, ungerecht behandelt worden zu sein, können sich an die Ombudsmänner wenden, die den Fall untersuchen und eventuell als Sonderankläger vor Gericht bringen.

WPCopy

Erst nach diesem Diskussionsprozess macht die Regierung eine „Proposition“, welche die wichtigsten Untersuchungsergebnisse, Stellungnahmen und den eigentlichen Gesetzesvorschlag enthält. In den Ausschüssen des Reichstages kommt es dann selten zu

substantiellen Änderungen des auf diese Weise erzielten Gesetzesvorschlages.^[1] Der Reichstag beschließt oder verwirft den Gesetzesvorschlag oder verweist ihn (durch ein Drittel der Abgeordneten) an den Ausschuss zurück.

Der Reichstag wird vor Neuwahlen aufgelöst. Die Regierung hat das Recht, Neuwahlen auszuschreiben. In diesem Fall dauert die Legislaturperiode eines durch Neuwahlen hervorgegangenen Reichstages nur bis zum Ende der regulären Wahlperiode.

In Krisenfällen kann eine Kriegsdelegation, bestehend aus dem Reichstagspräsidenten und 50 Reichstagsabgeordneten für eine Amtszeit von vier Jahren gewählt werden, um den Reichstag zu ersetzen.

Referendum

In der Volksabstimmung zählt jede Stimme gleich viel - dieses demokratisch erscheinende Prinzip vergißt, daß im parlamentarischen System in Einzelfragen ein mehr oder weniger weitgehender Minderheitenschutz eingebaut ist - diesen gibt es bei Volksabstimmungen jedoch nicht. Sollte aber wirklich jede Stimme gleich viel zählen?7 Sollte vielleicht in der Frage des bereits genannten Rechtsverkehrs die Stimme des Taxifahrers bzw. der Omnibuschauffeurin mehr Gewicht bekommen als die des nicht motorisierten Rentners? Diesen Überlegungen schließt sich die Frage an, ob über prinzipiell jedes Problem eine Volksabstimmung möglich sein kann, ja sein darf. Fragen der Menschlichkeit z.B. eignen sich kaum als Volksabstimmungsthema.

Kalmar

Waldemar IV. Atterdag, der die dänische Machtposition im Ostseeraum gegen die Hansestädte zunächst erfolgreich hatte ausbauen können, starb 1375 und hinterließ zwei Töchter: Ingeborg war mit Heinrich III. von Mecklenburg verheiratet, deren Sohn Albrecht von Mecklenburg war noch von Waldemar zu seinem Nachfolger auserkoren worden. Die Tochter Margrethe hingegen war mit Håkon VI. Magnusson vermählt, der als Sohn des schwedisch-norwegischen Königs Magnus Eriksson 1355 König in Norwegen geworden war. Margrethe gelang es nun nach dem Tod ihres Vaters, beim dänischen Adel ihren Sohn Olav als Thronfolger durchzusetzen. Dieser, 1370 geboren, wurde mit sechs Jahren 1376 zum dänischen, 1380 auch zum norwegischen König erwählt, bevor er jedoch sein königliches Amt antreten konnte, starb Olav mit erst 17 Jahren und die Nachfolgefrage mußte erneut geklärt werden.

OA

Von den StudentInnen wurden folgende Beobachtungen gemacht und analysiert:7

1. Die Berichterstattung ist sehr ausführlich, die Titelseite wird vollständig von dem Thema der deutschen Wiedervereinigung beherrscht, zusätzlich werden zwei Seiten ausschließlich diesem Thema gewidmet. Betont wird dieses Gewicht noch durch die zahlreichen, großen Illustrationen. Unterschiedliche Aspekte werden beleuchtet: Neben den politischen Implikationen werden Kultur, Freizeit, psychologische Probleme, Arbeits- und Einkommensverhältnisse sowie der Sport berücksichtigt.
2. Es werden Artikel von TT-Reuter übernommen, die meisten aber sind von eigenen Korrespondenten vor Ort geschrieben.
3. In den vielen Illustrationen wird mit starken symbolischen Bezügen gearbeitet: Die (bundes)deutsche Fahne; die DDR-Fahne mit heraus-geschnittenem sozialistischen Staatswappen; Menschen, die auf der Statue von Marx und Engels herumklettern.

WP

Die staatliche Verwaltung Schwedens ist derzeit (Stand 2016) in 21 Provinzen (*län*) unterteilt. Diese lehnen sich teilweise an die historischen Provinzen (*landskap*) an, in die das Reich bis 1634 eingeteilt war, was sich in der Namensgebung vieler Provinzen spiegelt. Mehr oder weniger deckungsgleich mit den historischen Provinzen sind Gotland, Skåne, Blekinge, Östergötland, Värmland und Dalarna; in anderen Fällen sind die historischen Provinzen in mehrere heutige Provinzen aufgeteilt (z. B. die alten Lappland und Småland) oder aber mehrere historische Landschaften in einer einzigen Provinz zusammengefasst (z. B. im Fall der heutigen Jämtlands län und Västra Götalands län). Die Provinzgrenzen folgen insgesamt grob den früheren Landskapsgrenzen, es gibt jedoch viele kleinflächige Abweichungen.

WPCopy

Daneben gibt es lokale und regionale Parteien, die Abgeordnete in Gemeindeversammlungen oder Provinziallandtage entsenden. Seit 2003 gibt es die europakritische Partei Junilistan, der 2004 mit 14,5 % der Stimmen der Einzug in das Europäische Parlament gelang, aber 2009 mit 3,6 % keinen Sitz mehr erringen konnte. Die 2006 gegründete Piratpartiet (Piratenpartei) erhielt bei den Europawahlen 2009 insgesamt 7,13 % der Stimmen und konnte sich einen Sitz sichern. Bei der erwarteten Erweiterung des Europaparlaments auf 751 Sitze würde der Partei ein weiteres Mandat zufallen. In der Reichstagswahl 2010 konnte die Partei jedoch nicht mehr an diesen Erfolg anknüpfen und erhielt nur 0,63 % der Stimmen. Die 2005 von der früheren Vorsitzenden der Vänsterpartiet, Gudrun Schyman, gegründete Partei Feministiskt initiativ (Fi) erhielt zwar erhebliche mediale Aufmerksamkeit, konnte aber bislang in kein regionales oder nationales Parlament einziehen. Der größte Erfolg bislang waren 2,22 % bei der Europawahl 2009. Lediglich in der Heimatkomme Schymans, Simrishamn, errang die Partei 4 der 49 dort zu vergebenden Mandate im Gemeinderat.

Referendum

Ausgangspunkt der Überlegungen über Sinn und Zweck der Volksabstimmungen muß sein, daß wir in Nordeuropa parlamentarisch-repräsentativ- demokratische Systeme vorfinden, in denen im Sinne der Montesquieuschen Gewaltenteilung das politische Entscheiden, Handeln und Verantworten Parlament und Regierung anvertraut sind. In der Repräsentation des einzelnen Bürgers durch von ihm beauftragte Verteter¹¹ soll sich der politische Wille des Einzelnen einerseits wiederfinden, andererseits aber soll dadurch auch die Handlungsfähigkeit und nachvollziehbare Rationalität des Systems erreicht werden. Diese Forderungen aber könnten verdeckt werden, wenn das Instrumentarium der Volksabstimmungen zu einem steten Ausrichten der politisch Handelnden im Sinne von Wetterfahnen, die dem gerade wehenden Wind entsprechend eine Richtung anzeigen, verfahren werden würde.

Kalmar

In Schweden hingegen regierte seit 1364 Olavs Onkel Albrecht (II. - nicht der Albrecht von oben, der Neffe von diesem war) von Mecklenburg. Wieder standen die in

Nordeuropa maßgeblichen politischen Kräfte, insbesondere Margrethe, die Mecklenburger, der dänisch-norwegische sowie schwedische Adel und "die" Hanse vor schwierigen strategischen Entscheidungen. Margrethe nutzte das drohende Machtvakuum im Norden geschickt und ließ sich in Dänemark (1375), Norwegen (1380) und Schweden (1388) als Regentin huldigen. Für die Hansestädte, die im Stralsunder Frieden von 1370 ihren großen militärischen Sieg über Waldemar Atterdag sich hatten bestätigen lassen und dort u.a. das Mitspracherecht bei der Thronnachfolge in Dänemark zugesprochen bekommen hatten, war die Lage kompliziert:

OA

Inhaltlich stehen die politischen Ereignisse im Mittelpunkt, die nur im geringen Umfang mit historischen Hintergrundinformationen unterlegt sind. Soziale oder wirtschaftliche Folgen der Vereinigung spielen keine große Rolle. Die gegebenen Informationen erscheinen korrekt, durch den durchgehend positiv-überschwänglichen Charakter der Artikel vermitteln die Informationen aber ein ganz eigenes, überwiegend affirmatives Bild. Das gilt z.B. für die ausführliche Berichterstattung über die Äußerungen des Bundeskanzlers Helmut Kohl zur Wiedervereinigung, die nicht hinterfragt, sondern nur zitiert werden.

Die Berichterstattung entspricht im Umfang der von Dagens Nyheter, allerdings fehlt ein großer, zentraler Aufmacher, außerdem sind Charakter und Themenauswahl etwas verschieden. Insgesamt wird in neun umfangreichen und einigen kurzen Artikeln auf die deutsche Einheit eingegangen. Es wird über politische, militärische und persönliche Ereignisse berichtet.